



Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates
  - FRAGESTUNDE
- 

**Die Protokollführerin**

Christine Graf

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 2 vom 6. September 2000**

://: Das Protokoll wurde anlässlich der Büro-Sitzung vom 23. Oktober 2000 genehmigt.

**Der Präsident des Einwohnerrates  
Allschwil**

Peter Humbel

---

### **BEGRÜSSUNG / MITTEILUNGEN DES PRÄSIDENTEN**

Der Vorsitzende **Peter Humbel** begrüsst die anwesenden Ratsmitglieder zur heutigen Sitzung. Er weist auf die neue Mikrofonanlage hin, welche nun lückenlose Aufnahmen der Plenarverhandlungen gewährleisten soll.

Weiter teilt er mit, dass das Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen vom 24. Mai 2000 von der Finanz- und Kirchendirektion BL mit Entscheid 899/00 vom 14. Juli 2000 genehmigt worden ist.

Der Vorsitzende fordert die SD-Fraktion auf, bis zur nächsten Plenarsitzung des Einwohnerrates vom 18. Oktober 2000 die Nominierungen für die durch den unerwarteten Tod von Albert Styger noch offenen Kommissionssitze bereitzuhalten.

### **NEUE PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE**

Es sind keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingegangen.

### **BEREINIGUNG DER TRAKTANDENLISTE**

**Margaret Wagner** namens der SP-Fraktion zieht das von ihr eingereichte Postulat Nr. 3229 vom 17. Mai 2000 betreffend Verkehrssicherheit an der Klarastrasse / In den Vogelgärten, zurück. Dies im Bezug auf den Beschluss des Einwohnerrates vom 12. April 2000 zum Geschäft 3175/A, Quartierplanung Rosenbergrain II, mit welchem auch die Überprüfung der Verkehrssicherheit aller angrenzenden Strassen beschlossen wurde. Dadurch sei das Anliegen des Postulates überholt.

**:::**

Der Traktandenliste wird inklusive Rückzug des Geschäftes 3229 ohne Änderungen zugestimmt.

---

**Bericht des Gemeinderates betreffend  
Neuwahl der Fürsorgebehörde der Gemeinde Allschwil für die Legislaturperiode 2001  
bis 2004 (01.01.01 – 31.12.04)  
Geschäft Nr. 3237**

---

Folgende Nomination liegt schriftlich vor:

SP-Fraktion:  
Monika Birrer, bisher und Andreas Bammatter, bisher

Folgende Nominierungen werden mündlich bekanntgegeben:

FDP-Fraktion:  
Alice Märky, bisher und Verena Müller Daum

SD-Fraktion:  
Max Amsler

CVP/SVP-Fraktion:  
Dr. Anton Lauber (Vertreter Gemeinderat und Präsidium) und Bruno Hangartner (Vertreter Bürgerrat), beide bisher

Weitere Nominierungen liegen nicht vor.

**://:**  
Auf Vorschlag des Vorsitzenden Peter Humbel wird einstimmig stille Wahl beschlossen.

**://:**  
Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird die Fürsorgebehörde für die Legislaturperiode 2001 –2004 (01.01.2001 – 31.12.2004) in stiller Wahl wie folgt besetzt:

*Gemeinderat Dr. Anton Lauber, Präsident, CVP/SVP-Fraktion  
Bruno Hangartner, Vertreter Bürgergemeinde  
Alice Märky, FDP-Fraktion  
Verena Müller Daum, FDP-Fraktion  
Max Amsler, SD-Fraktion  
Andreas Bammatter, SP-Fraktion  
Monika Birrer, SP-Fraktion*

**Mitteilung an:**

- die Gewählten (als Wahlanzeige)
- Finanz- und Kirchendirektion BL, Kant. Fürsorgeamt, Gestadeckplatz 8, 4410 Liestal
- Fraktionspräsidien
- Yvonne Adler, HAL Soziale Dienste
- Daniela Jörin (ad Kommissionsverzeichnis)

---

**Amtsbericht des Gemeinderates pro 1999 und dazugehöriger Bericht der  
Geschäftsprüfungskommission  
Geschäft 3222 / 3222A**

---

Der Vorsitzende **Peter Humbel** erläutert die Beratung des Geschäftes 3222/A:

- Stellungnahme des ehemaligen GPK-Präsidenten Dr. Ivo Corvini zum Bericht 3222A
- Allfällige Stellungnahmen der Departementsvorsteher/innen
- Detailberatung des Amtsberichtes des Gemeinderates 3222
- Abstimmung über die vorliegenden Anträge

**Dr. Ivo Corvini**, CVP/SVP-Fraktion, nimmt als ehemaliger GPK-Präsident und Berichtsverfasser zum GPK-Bericht Nr. 3222A Stellung (der Bericht 3222A liegt diesem Protokoll bei und bildet Bestandteil desselben). Der Sprechende geht vom Grundsatz aus, dass von der GPK nicht schriftlich oder jetzt mündlich kritisierte Vorgänge als in Ordnung befunden worden sind.

Der Amtsbericht gilt als jährlicher Rechenschaftsbericht des Gemeinderates. Dazu gehört nicht nur die Auflistung der Aktivitäten, sondern auch der wichtigsten Ereignisse. Eine der wichtigsten Aufgaben des Gemeinderates und der Verwaltung sei die Durchführung von Abstimmungen und Wahlen. Im Berichtsjahr gab es in diesem Bereich zwei Vorfälle, die Kosten, Verwirrung bei den Stimmberechtigten sowie Unangenehmes für gewisse Parteien verursacht haben. Die GPK stuft diese als wichtig ein und vermisst die Erwähnung dieser ausserordentlichen Vorkommnisse im Amtsbericht 1999. Ein solcher Vorfall könnte sich jederzeit wiederholen und deshalb müssen daraus Konsequenzen gezogen werden. Generell muss den Volksrechten grösste Beachtung geschenkt werden.

Im Weiteren weist Ivo Corvini darauf hin, dass der Amtsbericht als Rechenschaftsbericht grundsätzlich emotionslos Fakten aufzulisten hat. Äussert sich der Gemeinderat in anderer Art und Weise, muss er konsequenterweise auch die entsprechende Begründung mitliefern.

Speziell erwähnt der GPK-Sprecher die im Bericht aufgeworfene Frage, auf welche Grundlage sich folgende Aussage des Gemeinderates stützt (Amtsbericht S. 26): „dass es sich in Allschwil und weiteren Gemeinden bald nicht mehr gut leben lässt, d.h. dass die Wohnqualität auf dem Spiel steht“. Der Gemeinderat stützt sich bei dieser 61%-Aussage auf die im Dezember 1999 durchgeführte Bevölkerungsbefragung ab. Ivo Corvini weist darauf hin, dass nur 8.7 % der Allschwiler Haushaltungen an der Umfrage teilgenommen haben und dieses Resultat nicht repräsentativ genug als Begründung einer Aussage im Amtsbericht sei.

Der Amtsbericht sei auch ein Nachschlagwerk, so weiter Ivo Corvini, deshalb müssen Aussagen und Zahlen korrekt sein. Die GPK hat festgestellt, dass - wie bereits im Amtsbericht 1998 - mit falschen Zahlen operiert wird, so z.B. die Anzahl Besucher/innen der Fluglärm demonstration vom November 1999 auf dem Dorfplatz Allschwil. Die Medien berichteten von 1000 - 3000 Anwesenden, im Amtsbericht sind 5000 Personen aufgeführt. Generell müssen Zahlen im Amtsbericht korrekt sein.

Ebenfalls nimmt der GPK-Bericht das „Freie Plakatieren“ auf. Dieses Problem sei noch nicht gelöst. Die diesbezügliche Bestimmung des Reklamereglementes werde noch nicht einheitlich ausgelegt. Eine klare Lösung muss angestrebt werden.

Zum 2. Antrag der GPK an den Einwohnerrat auf Seite 19 des Berichtes 3222A führt Ivo Corvini aus, dass bisher die Abfallrechnung 1998 noch nicht korrekt abgeschlossen worden ist. Im Juni 1999 hat der Einwohnerrat festgestellt, dass zahlenmässige Differenzen zwischen dem Konto „Umweltschutz und Raumplanung“ in der Jahresrechnung 1998 und der separaten Abfallrechnung 1998 bestehen. Der Gemeinderat hat die Beratung der Abfallrechnung 1998, Geschäft 3137, zu einem späteren Zeitpunkt in Aussicht gestellt. Die GPK wünscht dazu einen Einwohnerratsbeschluss und beantragt, die Abfallrechnung 1998 erneut dem Einwohnerrat vorzulegen.

Die beiden zur Beratung des Amtsberichtes 1999 gebildeten Sub-Kommissionen der GPK haben sich mit der Fluktuation und Stellenaufstockung beim Gemeindepersonal sowie den Logopädischen Diensten der Gemeinde Allschwil befasst. Aus Zeitgründen sei es der GPK nicht immer möglich, einen abschliessenden Bericht zum komplexen Geschäft „Amtsbericht“ zu verfassen. Aus diesem Grund wurde der per 1.7.2000 neu besetzten Geschäftsprüfungskommission der informelle Auftrag übergeben, das erstgenannte Thema nochmals zu beraten. Aufgefallen sei der GPK, dass im neuen Personal- und Besoldungsreglement die Bestimmung § 7, Stellenplan, nicht sehr sinnvoll ist. Weil neu der Gemeinderat das Wahlorgan dieser Kommission ist, macht es keinen Sinn, dass dieser eine Kommission wählt, die ihm gleichzeitig auch die Zustimmung zum Stellenplan geben muss. Diese Bestimmung sollte geändert werden durch Streichung der Zustimmungsfunktion in § 7 oder durch Aenderung des Wahlorgans.

Zum 2. Subkommissionsbericht, Logopädische Dienste, nimmt GPK-Mitglied **Mark Aellen**, SP-Fraktion, wie folgt Stellung: Das Thema sei aufgrund der immer wieder bemängelten langen Wartezeiten bei den Logopädischen Diensten Allschwil gewählt worden. Diese Schlussfolgerung sei jedoch lediglich durch ungeschickte Präsentation saisonaler Schwankungen entstanden und entspricht nicht den Tatsachen. Trotzdem sei die GPK erfreut, dieses Thema aufgegriffen zu haben, weil die Logopädischen Dienste ein gutes Beispiel für „Lean Management“ abgeben. Mit einem Minimum von Personal wird ein Maximum an administrativen Aufgaben erledigt. Die Logopädischen Dienste wurden auch mehrfach auf kantonaler Ebene lobend erwähnt und stehen auch im interkommunalen Vergleich gut da. Bereits seit einem Jahrzehnt besteht ein konstantes Angebot und eine konstante Nachfrage.

---

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** möchte heute keine Diskussion über den Flughafen führen, weil der Gemeinderat demnächst einen Bericht zum Thema Fluglärm vorlegen wird. Jedoch hält sie fest, dass die Bemerkung „dass es sich in Allschwil bald nicht mehr gut leben lässt“ einem Zitat aus dem Bericht des Vereins Forum „Flughafen - nur mit der Region“ entspricht. Generell stützt sich die Meinung des Gemeinderates zum Thema Fluglärm aber nicht nur auf die Kundenumfrage vom Dezember 1999 ab, sondern auch auf die in den letzten Jahren zahlreich geführten Diskussionen im Einwohnerrat zum Thema. Mit grossem Mehr wurde im Einwohnerrat beschlossen, dass der Gemeinderat in Sachen störende Auswirkungen des Flugverkehrs handeln muss. Deshalb erwartet Ruth Greiner heute eine klare Stellungnahme des Einwohnerrates, ob er nach wie vor zu diesem Beschluss steht.

Für die falsch genannte Teilnehmerzahl der Fluglärmdemonstration entschuldigt sich die Gemeindepräsidentin. Weiter versichert sie, dass der Gemeinderat das Plakatierungskonzept überprüfen wird.

Abschliessend bemerkt **Ruth Greiner**, dass zu den von der GPK ebenfalls intensiv untersuchten Verwaltungsbereichen Rechtsdienst und Personalführung keine Berichterstattung vorliegt. Der Gemeinderat wünscht, dass sämtliche Verwaltungsbereiche, die Gegenstand einer Prüfung durch die GPK sind, jeweils innerhalb der laufenden Legislaturperiode mittels Bericht abgeschlossen werden.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, stellt fest, dass der Amtsbericht als Geschichtsschreibung zusammengefasst werden kann, aus welcher aber gleichzeitig einige Erkenntnisse für die Zukunft abgeleitet werden sollen (z.B. „Tatsachen anstelle von Emotionen“ oder „wenn Zahlen, dann richtige“). Von einer Exekutive soll zudem verlangt werden können, dass kommunale und kantonale Bestimmungen vollständig eingehalten und befolgt werden (z.B. Abfallrechnung 1998). Zudem fordert der Votant den Gemeinderat auf, die oft genannte Transparenz in die Tat umzusetzen. Eine Exekutive muss für ihre Tätigkeit saubere und nachvollziehbare Begründungen liefern. Nur zusammen in der Diskussion können Legislative und Exekutive das Resultat der gefassten Beschlüsse optimieren.

Über die Aussage von Gemeindepräsidentin Ruth Greiner zum Flugverkehr ist Guido Beretta erstaunt: Wieso wurde ein Text des Forums ohne Textangabe im Amtsbericht zitiert? Gehört das Forum zur Verwaltung? Es sei korrekt, dass heute keine Flughafendebatte geführt werde. Es stehe der Inhalt des Amtsberichts und des GPK-Berichts zur Diskussion. Bei den von Dr. Ivo Corvini dargelegten Schlussfolgerungen handle es sich im Übrigen um solche der Geschäftsprüfungskommission, und nicht um persönliche. Auch hier müsse man Fairness walten lassen.

**Dr. Lukas Rosenthaler**, SP-Fraktion, hält eine konstruktive Zusammenarbeit für sehr wichtig. Diesbezüglich könnte - gemäss seiner persönlichen Meinung - bei der GPK manchmal ein gegenteiliger Eindruck entstehen. Zur Kundenbefragung „Wohnqualität“: Die Repräsentativität einer Umfrage hängt für den Sprechenden nicht von der Anzahl befragter Personen ab, sondern von der Auswahl der Befragten. Sicher hat eine derartige Umfrage nicht eine sehr grosse Aussagekraft, kann aber als Indikator angesehen werden. Aus diesem Grund haben die Aussagen im Amtsbericht eine gewisse Berechtigung. Die SP-Fraktion wird auf jeden Fall das Problem Fluglärm im Einwohnerrat weiterverfolgen.

**Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion, erachtet die Zielvorgaben von Dr. Guido Beretta als Wunschdenken. Die Ausführungen eines Amtsberichtes können niemals derart perfekt sein und aus diesem Grund akzeptiert die Fraktion eine gewisse Unvollständigkeit. Es sei nicht Sinn und Zweck, jedes Wort auf dessen Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Der Amtsbericht sei eine Information über die jährlichen Tätigkeiten der Verwaltung. Es müssen auch Fehler zugestanden werden können.

## **DETAILBERATUNG**

### **Wahlen – Abstimmungen – Referenden – Initiativen – Petitionen (Seite 4)**

Keine Wortmeldung.

### **Einwohnerrat (Seite 8)**

Keine Wortmeldung.

### **Abzuschreibende Geschäfte (Seite 10)**

**Mark Aellen** teilt im Namen der SP-Fraktion mit, dass sie der Abschreibung ihrer Postulate zustimmt.

Er bemerkt aber, dass die Fraktion - mit hoher Neubesetzung - verwundert ist, dass Postulate während Jahrzehnten, ohne sichtliche Massnahmen zu treffen, hängig bleiben können. Seitens der SP-Fraktion werden diese Themen mit Sicherheit weiterverfolgt und wieder aufgenommen.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, beantragt **Geschäft Nr. 1705**, Parkraumbewirtschaftung, stehen zu lassen, damit der Auftrag an den Gemeinderat erhalten bleibt, die Parkraumbewirtschaftung in Allschwil flächendeckend zu planen.

**://**

Mit 28 Stimmen wird beschlossen, Geschäft Nr. 1705 stehen zu lassen.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP/SVP-Fraktion, macht auf die erneut falsche Begründung zu **Geschäft Nr. 2173**, Errichtung markierter Parkfelder an der Schönenbuchstrasse zur Erhöhung der Strassenverkehrssicherheit, aufmerksam. Es wurde kein einziges Parkfeld errichtet. Deshalb beantragt er, dieses Geschäft stehen zu lassen. In Zusammenarbeit mit den kantonalen Behörden sowie der Gemeinde Schönenbuch soll eine gute Lösung gefunden werden.

**://**

Mit 29 Stimmen wird beschlossen, Geschäft Nr. 2173 stehen zu lassen.

**Olivier Rüegegger**, SP-Fraktion, beantragt entgegen der Meinung seiner Fraktion **Geschäft 1435**, Temporeduktion für Strassen, Teilbereiche von Strassen bei Kindergärten und Schulhäusern, nicht abzuschreiben. Beim Schulhaus Schönenbuchstrasse beschränken sich die getroffenen Massnahmen auf die mehr oder weniger auffälligen Hinweisschilder. Für ihn ist das Anliegen des Postulates dadurch noch nicht erfüllt.

**://**

Mit 15:4 Stimmen wird beschlossen, Geschäft Nr. 1435 stehen zu lassen.

### **Gemeinderat (Seite 17)**

Kein Wortbegehren.

### **Hauptabteilung Zentrale Funktionen (Seite 19)**

Kein Wortbegehren.

### **Hauptabteilung Administrative Dienste (Seite 23)**

Kein Wortbegehren.

### **Hauptabteilung Finanzen/Controlling (Seite 27)**

Kein Wortbegehren.

### **Hauptabteilung Bauwesen: Hochbau und Planung (Seite 35)**

Kein Wortbegehren.

### **Hauptabteilung Bauwesen: Strassen / Tiefbau / Wasserversorgung / Friedhof (Seite 38)**

**Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion, ist in der Rubrik „Öffentlicher Verkehr“ das Ruftaxi aufgefallen. Jede Fahrt kostet die Gemeinde Fr. 21.70 netto. Dieses Verhältnis sei unsinnig und müsse überdacht werden.

**Margaret Wagner**, SP-Fraktion, wendet sich gegen das Votum ihres Vorredners. Das Ruftaxi erweist gute Dienste, speziell den Frauen. Sie spricht sich vehement gegen die Abschaffung des Ruftaxis aus.

### **Hauptabteilung Umwelt und Sicherheit (Seite 45)**

Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder** schickt bezüglich Antrag Nr. 2 des GPK-Berichts betreffend Abfallrechnung voraus, dass diese jeweils vom Departement Umwelt und Sicherheit vorgelegt worden ist, welches es seit 1. Juli 2000 infolge Strukturaenderung nicht mehr gibt. Neu gehört die Abteilung Umwelt zur Hauptabteilung Tiefbau. Auch die Abfallrechnung gibt es in dieser Form nicht mehr – sie wurde durch die Einführung des neuen Rechnungsmodells in einen Spezialfinanzierungsmodus umgewandelt. Er weist darauf hin, dass die Abfallrechnung entgegen dem Antrag der GPK nie dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorgelegt worden ist, sondern jeweils zur Kenntnisnahme. Also handelt es sich um eine reine Formfrage, die nun erneut aufgegriffen wird.

Die erste gesonderte Abfallrechnung wurde dem Einwohnerrat 1993 vorgelegt; dies mit der Begründung, die Kosten für Abfallvignetten festlegen zu können, Transparenz in diesem Bereich zu schaffen sowie eine Betriebskostenrechnung in der Art von Allwo zu erstellen. Die Abgrenzungszeit unterschied sich jeweils zur Finanzbuchhaltung. Die Abfallrechnung (Abgrenzung: 1. – 4. Quartal) 1998 wurde beispielsweise am 2. Juni 1999 dem Einwohnerrat vorgelegt. Zu diesem Zeitpunkt hatte man bereits genauere Zahlen zur Verfügung als beim Abschluss der Finanzbuchhaltung (Abgrenzung: 4. Quartal des Vorjahres + 1., 2.+ 3. Quartal des laufenden Jahres). Die zahlenmässige Nicht-Uebereinstimmung von Abfallrechnung und Finanzbuchhaltung war bereits Gegenstand zahlreicher Diskussionen im Einwohnerrat. Trotzdem hat der Rat am 17. Juni 1998 die Abfallrechnung 1997 mit 33:1 Stimmen zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Beratung der Abfallrechnung 1998 verzögerte sich aus verschiedenen Gründen – der Sprechende nimmt die Schuld teilweise auf sich. Sie wurde am 16. Juni 1999 dem Einwohnerrat vorgelegt, konnte aber aus Zeitgründen – im Gegensatz zur Jahresrechnung 1998 - nicht mehr behandelt werden. Am 9. Februar 2000 erkundigte sich Ratsmitglied Hanspeter Frey nach dem Stand der Dinge, worauf der Sprechende die Überarbeitung der Abfallrechnung mit aktuellen Zahlen ablehnte. Dieser verfahrenen Situation könnte nun Abhilfe geschaffen werden, indem der Antrag Nr. 2 aus dem GPK-Bericht zum Amtsbericht 1999 abgelehnt wird. Dr. Leo Zehnder empfiehlt dem Rat, in diesem Sinne vorzugehen.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, ist der Meinung, dass der Einwohnerrat seinerzeit die separate Vorlage der Abfallrechnung zur Bestimmung der Kosten für Abfallvignetten beschlossen hat. Die Differenzen zwischen den Zahlen der Abfallrechnung und denjenigen der Finanzbuchhaltung können nicht als marginal bezeichnet werden. Der Einwohnerrat hätte anlässlich der Sitzung vom 16. Juni 2000 der Jahresrechnung 1998 nicht zustimmen dürfen. Er empfiehlt die Zustimmung zum GPK-Antrag Nr. 2, damit die Abfallrechnung 1998 nochmals ordentlich traktandiert und formell davon Kenntnis genommen werden kann.

**Dr. Leo Zehnder** weist mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass durch Differenzen oder Nicht-Genehmigung der Abfallrechnung keinesfalls die Genehmigung der Finanzbuchhaltung in Frage gestellt werden darf. Die Finanzbuchhaltung ist dasjenige Instrument, welches vom Einwohnerrat bewilligt werden muss.

**Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion, ist der Meinung, dass die Abfallrechnung falsch deklariert worden ist. Sie wurde seitens Einwohnerrat zur Bestimmung des Abfallsack-Preises verlangt. Alle anderen Kosten sollen über die Finanzbuchhaltung ausgewiesen werden. Eine Vergleichbarkeit sei durch den unterschiedlichen Abschluss-Termin überhaupt nicht möglich, was er als grundsätzlich negativ erachtet. Massgebend für den Rechnungsabschluss sei die effektive Finanzrechnung der Gemeinde Allschwil. Er sieht keine Notwendigkeit für die bisherige Art der Abfallrechnung.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, spricht den formellen Aspekt der Angelegenheit an. Ein früherer Beschluss des Einwohnerrates lautet, die Abfallrechnungen seien jährlich vorzulegen und zur Kenntnis zu nehmen, und nur dies muss jetzt gemacht werden. Er fordert das Büro des Einwohnerrates auf, schriftlich zu beantragen, dass der Einwohnerrat auf die Kenntnisnahme der Abfallrechnung 1998 verzichtet. Was die Zukunft anbelangt sei irrelevant, antwortet er auf das Votum von Felix Mensch.

**Olivier Rüeegg**, SP-Fraktion, stellt fest, dass sowohl eine Kenntnisnahme als auch eine Nicht-Kenntnisnahme keinerlei Auswirkungen auf das Geschäft haben.

---

**Dr. Ivo Corvini**, CVP/SVP-Fraktion, erachtet als wesentlichen Punkt, dass jedes hängige Geschäft des Einwohnerrates formell und sauber abgeschlossen werden muss. Dies verlange die Seriosität der Arbeit des Einwohnerrates.

**Lukas Rosenthaler**, SP-Fraktion, stellt Antrag auf Traktandierung des Geschäftes Nr. 3137, Kenntnisnahme der Jahresrechnung 1998 für die Abfallbewirtschaftung, nach der Pause der heutigen Sitzung. Diese Aenderung der Traktandenliste bedarf einer 2/3 Mehrheit (18 Stimmen).

**Arnold Julier**, CVP/SVP-Fraktion, ist nicht dokumentiert und lehnt eine Geschäftsberatung ohne schriftliche Unterlagen ab. Grundsätzlich stimmt er jedoch dem Votum von Olivier Rüeegg zu.

**Peter Humbel** schlägt vor, die Angelegenheit ins Büro Einwohnerrat zurückzunehmen und in Zusammenarbeit mit der Verwaltung das weitere Vorgehen zu besprechen. Dies würde jedoch voraussetzen, dass Lukas Rosenthaler seinen Antrag zurückzieht.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** ist dafür, die Abfallrechnung 1998 auch ohne Vorliegen des schriftlichen Berichtes heute zur Kenntnis zu nehmen.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP/SVP, hält diese Vorgehensweise nicht für seriös. Das Geschäft Nr. 3137 könnte z.B. in der nächsten Plenarsitzung beraten werden.

**Dr. Guido Beretta** bittet vor der Abstimmung zum Antrag Rosenthaler um Auskunft seitens Büro Einwohnerrat, ob dieses die Absicht hat, Geschäft Nr. 3137 allenfalls für die Plenarsitzung vom 18. Oktober 2000 zu traktandieren.

Der Vorsitzende **Peter Humbel** will zuerst den Antrag Rosenthaler zu Abstimmung bringen. Bei ablehnendem Entscheid wird das Büro des Einwohnerrates aktiv werden.

://:

Der Antrag von Lukas Rosenthaler auf Ergänzung der heutigen Traktandenliste mit Geschäft Nr. 3137, Abfallrechnung 1998, wird mit 13 Stimmen abgelehnt.

**Peter Humbel** teilt mit, dass das Büro anlässlich seiner nächsten Sitzung am 18. September 2000 das weitere Vorgehen beraten wird.

**Kurt Kneier**, CVP/SVP-Fraktion, weist darauf hin, dass die Anträge der GPK im Bericht zum Amtsbericht pro 1999 noch unerledigt sind.

#### **Hauptabteilung Bildung – Erziehung – Kultur (Seite 55)**

**Arnold Julier**, CVP/SVP, stellt fest, dass der Jahresbericht der Sekundarschulpflege fehlt.

Departementsvorsteherin Bildung-Erziehung-Kultur, **Beatrice Fuchs**, wird den Sachverhalt abklären und an der nächsten Plenarsitzung Bericht erstatten.

#### **Hauptabteilung Soziale Dienste / Gesundheit (Seite 71)**

Keine Wortmeldung.

://:

Gestützt auf die Berichte des Gemeinderates und der Geschäftsprüfungskommission wird wie folgt beschlossen:

- Mit grossem Mehr wird vom Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht 1999 Kenntnis genommen.

**Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion, beantragt, im Antrag Nr. 2 der GPK, lautend „Der Gemeinderat wird beauftragt, die Abfallrechnung 1998 dem Einwohnerrat erneut zur Genehmigung vorzulegen“ korrekterweise das Wort „Genehmigung“ durch „Kenntnisnahme“ zu ersetzen.

**Kurt Kneier**, CVP/SVP-Fraktion, empfiehlt grundsätzlich die Ablehnung des GPK-Antrages betreffend Beratung der Abfallrechnung 1998.

://:

Mit 24:2 Stimmen wird der Antrag von Felix Mensch gutgeheissen. Somit lautet der 2. Antrag im Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht des Gemeinderates 1999 wie folgt:

2. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Abfallrechnung 1998 dem Einwohnerrat erneut zur *Kenntnisnahme* vorzulegen.

- Mit 22:11 Stimmen wird der Gemeinderat beauftragt, die Abfallrechnung 1998 dem Einwohnerrat erneut vorzulegen.

- Mit grossem Mehr wird vom Amtsbericht des Gemeinderates pro 1999 Kenntnis genommen.

## INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

### FRAGESTUNDE

|   |                  |   |
|---|------------------|---|
| 9 | 06.093<br>13.111 | Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA<br>Wiederverwertbare Abfälle |
|---|------------------|---|

### **Verkehrssituation Lindenplatz**

---

**Christoph Morat**, SP-Fraktion hat folgende schriftlichen Fragen zur unbefriedigenden Verkehrssituation am Lindenplatz eingereicht:

1. Ist man sich auf der Verwaltung jetzt einig, ob eine Parkverbotslinie oder Anhalteverbotslinie vor dem Migros-Laden am Lindenplatz besteht?

2. Ist der zuständige Gemeinderat bereits in die Materie eingearbeitet, so dass in absehbarer Zeit die Planung der Verkehrssituation angegangen werden kann?

3. Könnte in dieser Planung auch der Standort der geplanten Wertstoffsammelstelle nochmals geprüft werden oder sind die Würfel schon gefallen?

Der Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**, antwortet wie folgt:

1. Die Gemeindepolizei hat bestätigt, dass vor dem Eingang zum Migros-Laden an der Lindenstrasse eine Halteverbotslinie markiert ist.

2. Paul Schüpbach hat die Sommerferien zur Einarbeitung in die Aufgaben des Departements genutzt. Es ist vorgesehen, noch im laufenden Jahr mit den Arbeiten für ein „Konzept Lindenplatz“ zu beginnen, in welchem die Verkehrssituation und die Wertstoffsammelstelle enthalten sind. Dabei sind verschiedene Randbedingungen bzw. Wünsche zu berücksichtigen, was teils zu Zielkonflikten führen kann, z.B. ist der Planungssperimeter beschränkt (Arealfläche, dichte Randbebauung, Tram etc.); gefordert wird, dass keine Verkleinerung der Grünfläche entsteht; Erhaltung der Zufahrtsmöglichkeit zur Poststelle Allschwil 3; möglichst viele Veloabstellplätze in unmittelbarer Nähe der Tramhaltestelle; grosses Parkplatzangebot für die zahlreichen Gewerbebetriebe, die den Lindenplatz umsäumen. Aus diesen Gründen haben die Departementsverantwortlichen beschlossen, dem Gemeinderat ein Gesamtkonzept „Lindenplatz“, inkl. Wertstoffsammelstelle, zur Beratung zu unterbreiten.

---

**Christoph Morat** stellt sich gerne als Mitglied einer Kommission zur Planung des Lindenplatzes zur Verfügung. Er dankt für die Ausführungen von Paul Schüpbach.

10 06.070 Gewerbe

### **Einkaufszentrum Frankreich/Nähe Grenze Allschwil/Hégenheim**

---

**Alice Märky**, FDP-Fraktion: Gibt es genaueren Informationen betreffend Bau eines Einkaufszentrums in Frankreich nahe der Grenze Allschwil/Hégenheim?

**Ruth Greiner**, Gemeindepräsidentin, hat dazu keine weiteren Informationen. Presseberichten zufolge will der Bürgermeister von Hégenheim vor einem Entscheid das Resultat der anstehenden kommunalen Neuwahlen abwarten.

11 07.031 Beitrags- und Subventionsgesuche

### **Expo.02**

---

**Ursula Pozivil**, FDP-Fraktion: Beteiligt sich die Gemeinde Allschwil gezielt – wie z.B. Riehen, Witterswil etc. - an der Ausstellung „EXPO.02“?

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner**: Ja, die Ausstellung wird entsprechend der Grösse Allschwils mit Fr. 10'000.—unterstützt.

12 06.091 Öffentliche Sicherheit

### **Vandalenakte in Allschwil**

---

**Ursula Pozivil**, FDP-Fraktion: Am Wochenende vom 3./4. September 2000 wurden erneut zahlreiche **Vandalenakte** im Dorf verübt (Zerstörung von Blumentrögen und Marktzelten etc.). Was hat der Gemeinderat in Sachen Vandalismus unternommen?

Gemeinderat **Paul Schüpbach**: Darüber besteht ein Polizeirapport und wird auf diesem Weg weiterverfolgt. Anlässlich seiner Konstituierung im Mai 2000 hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Sicherheitskonzept Allschwil“ gebildet, welche u.a. auch das Thema Vandalismus aufgreifen wird. Ihr gehören die Gemeinderätinnen Nicole Nüssli, Bea Fuchs sowie der Sprechende an. Die Arbeit wird demnächst aufgenommen.

13 06.095 Hunde-/Reittierkontrolle

### **Neospora Canis; Entwicklung bzw. Verdichtung Robidog-Angebot**

---

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Durch die Presse wurde mitgeteilt, dass durch Hundekot übertragene Viren (Neospora canis) eine nachhaltige Wirkung auf den Viehbestand in Allschwil hat. Der Gemeinderat hat eine Entschädigung an den betroffenen Landwirt abgelehnt. Welche Abklärungen gingen diesem Entscheid voraus? Welche Konsequenzen werden aus dieser Situation gezogen? Sehen diese Konsequenzen eine Verschärfung bei der Durchsetzung des Hundereglements oder eine Verdichtung des Robidog-Angebots vor?

**Nicole Nüssli**, Departementsvorsteherin Sicherheit/Einwohnerdienste: Aus medizinischer Sicht sei nicht definitiv geklärt, in welcher Form diese Art von Viren übertragen werden. Der Gemeinderat ist bei seinem Entscheid vom Standpunkt ausgegangen, dass es nicht Sache eines Gemeinwesens sein könne, einer Privatperson einen solchen – in diesem Fall durchaus bedauernden – Schaden zu ersetzen. Auch die Finanzierung einer Einzäunung der zur Diskussion stehenden Parzelle wird nicht als richtige Lösung erachtet.

Gemeinderat **Roman Meury** ergänzt, dass das Hundereglement vom 27. November 1996 in Sachen Leinenzwang durch den Beschluss des Einwohnerrates gelockert worden ist. Der Gemeinderat sieht im vorliegenden Fall deshalb keinen Grund, dem Rat eine Verschärfung des Hundereglements zu beantragen.

Der Fragesteller **Mark Aellen** präzisiert, dass er nicht nach einer Verschärfung des Reglementes an sich gefragt hat, sondern nach einer Verschärfung bei dessen Vollzug.

**Roman Meury**: Der Einsatz von weiteren Flurpolizisten könnte falsch verstanden werden. Zur Zeit wird die Gemeindepolizei von zwei auf vier Personen erhöht. Zudem erachtet es der Gemeinderat nicht als im Sinne des Parlamentes, weitere polizeiliche Massnahmen zu ergreifen. Eine verschärfte Durchsetzung des Hundereglements könnte nur durch vermehrten Polizeieinsatz erfolgen.

---

Nach Meinung des gemeinderätlichen Sprechers können auch zusätzliche Robidogs das Problem nicht lösen. Das Benützen von Robidogs sei vom jeweiligen Hundebesitzer abhängig.

Die Frage betreffend finanzielle Beteiligung von Seiten der Gemeinde wurde von GR Nicole Nüssli bereits weitgehend beantwortet. Es ist nicht zuletzt auch eine Frage der Präjudiz. Der Gemeinderat hat unter Berücksichtigung dieses Umstandes entschieden, sich nicht finanziell zu beteiligen.

14 06.060 Gesundheit

### **Pilzkontrolle; wie weiter?**

---

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion: Gemäss neuester Gesetzgebung untersteht der Bereich **Pilzkontrolle** der Gemeinde. Gesundheitliche wie auch ökologische Aspekte gilt es aus Sicht von Hanspeter Frey zu berücksichtigen. Führt der Gemeinderat die gemeindeeigene Pilzkontrolle auch nach 2001 weiter? Wie handhabt der Gemeinderat die Kontrolle, damit sich das Sammeln im massvollen Rahmen hält?

**Ruth Greiner**: Als eine der letzten Gemeinden beschäftigt Allschwil einen Pilzkontrolleur. Im Jahr 2001 wird der Gemeinderat die Situation neu beurteilen. Eine Abschaffung der gemeindeeigenen Pilzkontrolle ist durchaus möglich.

15 01.030  
11.220 Einwohnerrat  
Liegenschaften; Betrieblicher Unterhalt

### **Wunsch nach zusätzlichen Mikrofonen**

---

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, würdigt die neue Lautsprecheranlage, wünscht jedoch einige zusätzliche Mikrofone.

Der Vorsitzende **Peter Humbel** nimmt die Anregung betreffend einer Erweiterung der Anlage gerne entgegen.

16 06.070 Gewerbe

### **Zic-Zac-Rockgarden, Allschwil**

---

**Dr. Lukas Rosenthaler**, SP-Fraktion, kritisiert die negativen Folgen aus dem Betrieb des **Zic-Zac-Rockgardens**. Des öfteren „erleichtern“ sich offenbar Gäste aus dem Zic-Zac in den Vorgärten des Borerhof-Quartiers. Wäre es nicht möglich, dieses Gebiet vermehrt in die Patrouillengänge der Gemeindepolizei einzubeziehen?

Für Departmentsvorsteherin **Nicole Nüssli** sind derartige negativen Vorkommnisse leider kein unbekanntes Thema. Auch im Dorf sind im Umfeld von Restaurationsbetrieben derartige Übertretungen vorgekommen. Nicole Nüssli wie auch Paul Schübach werden diese Problematik im Rahmen der dringend nötigen Überarbeitung des Sicherheitskonzeptes berücksichtigen.

17 01.118 Informationstechnik (IT)

### **E-Mail-Adresse des Büros des Einwohnerrates**

---

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Wie lautet die E-Mail-Adresse des Einwohnerrates bzw. diejenige des Büros Einwohnerrat?

**Markus Rudolf-von-Rohr**, Stv. Gemeindeverwalter: [gemeinde@allschwil.bl.ch](mailto:gemeinde@allschwil.bl.ch). Die Nachrichten werden automatisch dem Sekretariat Einwohnerrat, Christine Graf, zugewiesen.

18 01.041 Kommissionen des Gemeinderates

### **Kinder- und Jugendkommission; Bitte um Wiedereinsetzung von Werner Marti**

---

**Dr. Ivo Corvini**, CVP/SVP-Fraktion bemerkt, dass Werner Marti nicht mehr in der **Kinder- und Jugendkommission** vertreten war, dies offenbar nachträglich aber geändert wurde, gleichzeitig aber Beatrice Fuchs als Vertreterin des Gemeinderates zurückgetreten ist. Er stellt deshalb die Frage des Stellenwertes der Jugendarbeit für den Gemeinderat bzw. weshalb wurde Werner Marti nicht bereits im ersten Wahlgang gewählt? Wäre es nicht sinnvoll, wenn der Gemeinderat in dieser Kommission auch vertreten ist?

---

Departementsvorsteherin Bildung-Erziehung-Kultur **Beatrice Fuchs** stimmt diesem Votum zu. Der Gemeinderat hat im Rahmen einer Klausurtagung im vergangenen Mai verschiedene Kommissionen verkleinert, u.a. auch die Kinder- und Jugendkommission. Darin waren nebst Delegierten des Gemeinderates auch beratende Fachpersonen vertreten. Werner Marti war für mehrere Monate ortsabwesend. Zudem wurde auch von Seiten der Kirche kein Nominationsvorschlag eingereicht. Nachdem jedoch die Sprechende Kenntnis erhielt über dessen Wunsch, weiterhin Mitglied zu sein, trat sie zu seinen Gunsten zurück, zumal sie überzeugt ist, dass die Kirche sehr viel und Gutes leistet im Bereich der Jugendarbeit. Im Übrigen ist das Departement Bildung-Erziehung-Kultur durch den Kommissionspräsidenten Heinz Kraus und die Protokollführerin Christine Stooss ausreichend vertreten. Sofern sie als Departementsvorsteherin gefragt ist oder ihre persönliche Anwesenheit als notwendig erachtet wird, nimmt sie gerne an den Sitzungen teil.

19 11.140 Gemeindeprojekte

### **Neue Gemeindeverwaltung; Stand der Bauarbeiten**

---

**Alice Märky**, FDP-Fraktion: Wie weit ist der Bau der **Neuen Gemeindeverwaltung** fortgeschritten?

Es läuft alles nach Plan, wird sie von Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung **Roman Meury** informiert. Der Rückstand von einer Woche wird spielend wieder eingeholt. Zur Zeit wird die Decke des 2. Obergeschosses betoniert und der Neubau nimmt Formen an.

20 12.110 Strassen; Baulicher Unterhalt

### **Verkehrsführung bei Baustelle Schönenbuchstrasse**

---

**Olivier Rügsegger**, SP-Fraktion, erkundigt sich im Zusammenhang mit der Baustelle an der **Schönenbuchstrasse**, ob man sich bezüglich der Verkehrsführung im Voraus Gedanken gemacht hat oder ob dies dem beauftragten Bauunternehmen überlassen wurde.

Gemeinderätin **Nicole Nüssli** geht davon aus, dass das Bauunternehmen für die korrekte Verkehrsführung zuständig ist - in Absprache mit der Kantonspolizei, denn es handelt sich um eine Kantonsstrasse.

**Jakob Vogt-Pauluzzi**, CVP/SVP-Fraktion, erkundigt sich, ob an der **Schönenbuchstrasse** gleichzeitig eine Sauberwasserleitung gelegt wird.

Gemeinderat **Paul Schübach** kann diese Frage nicht beantworten. Er wird sich erkundigen und dem Fragesteller bis Ende Woche eine umfassende Antwort liefern. Er weiss lediglich, dass sämtliche Anwohner/innen vor Beginn der Bauarbeiten schriftlich begrüsst wurden. Es handelt sich um eine Kantonsstrasse und grundsätzlich koordiniert die Gemeinde die Arbeiten, welche im Bereich Leitungsbau/-unterhalt notwendig sind. Das heisst, die Arbeiten der IWB, EBM etc. werden gleichzeitig ausgeführt, damit nicht alle paar Wochen die Strassen erneut aufgedigelt werden müssen.

21 06.070 Gewerbe

### **Restaurant Schlüssel; Durchsetzung des Parkregimes**

---

**Max Amsler**, SD-Fraktion, äussert seinen Unmut ob der unhaltbaren Zustände betreffend das **Falschparkieren** beim **Restaurant Schlüssel**. Es seien Briefe an den Regierungsrat Basel-Landschaft ergangen, gleichzeitig auch Unterschriften gesammelt worden. Der Sprechende konnte sich verschiedentlich vor Ort von den Misständen überzeugen. Er wünscht nähere Auskunft.

**Nicole Nüssli**, Departementsvorsteherin, steht im Gespräch mit den Hauptbetroffenen. Sie ist daran, sich in diese Angelegenheit einzuarbeiten. Sie kennt die Situation und versichert, sich dieser Sache anzunehmen. Der momentane Zustand ist in der Tat unzumutbar.

22 01.032 Kommissionen des Einwohnerrates  
01.041 Kommissionen des Gemeinderates

### **Kritik am Kommissionsverzeichnis (Fehler)**

---

**Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion, kritisiert das aktuelle **Kommissionsverzeichnis** infolge zahlreicher Fehler.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** verspricht eine aktualisierte Version mit dem nächsten Aussand an die Ratsmitglieder.

---

**Bericht des Gemeinderates betreffend  
Kulturleitbild Allschwil – Kommunale Kulturförderung  
Geschäft Nr. 3110A**

---

Gemeinderätin **Beatrice Fuchs** erläutert den Bericht und wünscht, dass die Anwesenden seriös und zustimmend vom Kulturleitbild Kenntnis nehmen können. Es handelt sich um eine längere Geschichte, welche nun zum dritten Mal behandelt wird. Zur Information der neugewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier findet sich eingangs Bericht eine kurze Einführung sowie der Bericht aus den Beratungen des Einwohnerrates vom November 1999. Auch in den Medien wurde eingehend darüber berichtet. Das Kulturleitbild an sich war nicht problematisch, lediglich die Kulturkommission sowie der Kulturfonds gaben zu Diskussionen und Kritik Anlass. Aufgrund des Auftrages vor rund einem halben Jahr wurde einiges geändert (z.B. Seite 4, projektbezogen). Im Weiteren sind noch – die heutige Zustimmung vorausgesetzt – entsprechende Richtlinien vorgesehen, welche aber noch ausgearbeitet werden müssen. Die Gemeinde Allschwil unterstützt den Kulturbereich jährlich mit CHF 190'000.00, nicht wie im BaZ-Artikel erwähnt mit CHF 20'000.00. So viel ist auch im Budget pro 2001 vorgesehen. Es soll also nicht heissen, dass nur CHF 20'000.00 ausgegeben werden. Es handelt sich um einen Interpretationsfehler. Anlässlich einer kürzlichen Tagung wurden verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten und Vorgehensweisen diskutiert und vorgestellt.

**EINTRETENSDEBATTE**

**Dr. Lukas Rosenthaler**, SP-Fraktion: Seine Fraktion möchte die Diskussion um das Kulturleitbild gerne beenden. Das vorliegende Kulturleitbild enthält trotz einiger Abstriche noch einige gute Ansätze. Deshalb ist die SP für Eintreten und wird das Kulturleitbild zustimmend zur Kenntnis nehmen.

**Arnold Julier**, CVP/SVP-Fraktion: Selbstverständlich nimmt die CVP/SVP-Fraktion das Thema ernst. Beim Vergleich der beiden Fassungen (alt/neu) ergeben sich keine grossen Veränderungen. Es ist wichtig für die CVP/SVP-Fraktion, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es allen Einwohnerinnen und Einwohnern ermöglichen, aus der Kulturförderung einen Nutzen zu ziehen. Natürlich ist das Betreiben von Kultur nicht Sache der Gemeinde, sondern der Vereine und Organisationen. Hingegen soll die Gemeinde, wo Bedarf besteht, Allschwiler Vereine unterstützen, sei es bezüglich der Infrastruktur oder auf andere geeignete Weise. Darunter fallen auch die finanziellen Beiträge. Die CVP/SVP-Fraktion steht dem Begriff „projektbezogen“ etwas skeptisch gegenüber. Wie sehen die Rahmenbedingungen aus? Selbstverständlich will man vom Giesskannen-Prinzip wegkommen und es sei durchaus angebracht, die bisher geleisteten Beiträge an auswärtige Vereine und Institutionen bzw. deren Rahmen zu überdenken. Der CVP/SVP-Fraktion ist es ein Anliegen, dass das Volumen der bisher geleisteten finanziellen Unterstützung an ortsansässige Vereine nicht reduziert wird. In diesem Sinne ist die Fraktion ebenfalls für Eintreten.

**Alice Märky**: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten.

://:

Eintreten auf Geschäft 3110A ist unbestritten.

**DETAILBERATUNG**

**Kulturleitbild Allschwil - Kommunale Kulturförderung**

- |                                       |                    |
|---------------------------------------|--------------------|
| 1. Grundsätze                         | Keine Wortmeldung. |
| 2. Kulturauftrag der Gemeinde         | Keine Wortmeldung. |
| 3. Kulturförderung durch die Gemeinde |                    |

**Arnold Julier**, CVP/SVP-Fraktion: Ist davon auszugehen, dass ein Verein, sofern für eine Veranstaltung der Einsatz der Gemeindepolizei erforderlich ist, für diesen personellen Aufwand aufkommen muss?

Diese Frage kann die Departementsvorsteherin **Beatrice Fuchs** so nicht beantworten. Ihrer Ansicht nach geht dies in Richtung „projektbezogen“ und müsste vom Gemeinderat im Einzelfall behandelt und entschieden werden. Bereits früher wurden oftmals Leistungen personeller wie auch infrastruktureller Art geleistet. In dieser Hinsicht ist die Gemeinde übrigens sehr grosszügig, ergänzt die Departementsvorsteherin; diese Dienstleistungen werden auch weiterhin möglich sein.

#### 4. Kommunale Kulturförderung als Teil einer regionalen Aufgabe

**Arnold Julier**, CVP/SVP-Fraktion: In der 1. Version stand, dass die Leistungen der Gemeinde mit den kantonalen Instanzen beider Basel sowie der Vorortskonferenz harmonisiert werden. Wird dies nach wie vor so gehandhabt?

**Beatrice Fuchs** nimmt Stellung: Nach wie vor wird nach Möglichkeit harmonisiert; dies als feste Bestimmung ins Kulturleitbild aufzunehmen hingegen erscheint ihr nicht so wichtig.

**Arnold Julier** möchte weiter wissen, wie es mit den kantonalen Instanzen steht, z.B. mit dem Lotteriefonds.

**Beatrice Fuchs**: Es ist Usus, dass sich die Gemeinde und die kantonalen Instanzen bei ihren Entscheiden jeweils aufeinander abstützen, so z.B. bei der Gewährung von Defizitgarantien. Eine Verankerung im Kulturleitbild scheint ihr nicht notwendig.

#### 5. Massnahmen der kommunalen Kulturförderung

**Arnold Julier**, CVP/SVP-Fraktion, wünscht eine Definierung des Begriffs „projektbezogene Beiträge“. Was ist aus Sicht des Gemeinderates ein Projekt?

**Beatrice Fuchs** betont, dass die Gemeinde Allschwil mit den Geldern immer verantwortungsvoll umgeht. Projektbezogen heisst, dass alle Organisationen, welche eine finanzielle Unterstützung wünschen, grundsätzlich Antrag stellen müssen. Bereits heute schon werden z.B. für die Vergabe von Bauaufträgen Submissionen durchgeführt - im Kulturbereich war es bisher nicht so. Projektbezogen heisst auch, dass die gesprochenen Subventionen in einer Form in die Gemeinde zurückfliessen sollten und die Allschwiler Bevölkerung auch in ideeller Hinsicht davon profitieren kann (Vergünstigte Zoo- oder Theaterbesuche durch Kinder und Jugendliche etc.).

Bereits gibt es zahlreiche Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft, welche auf diese Weise vorgehen. Der Kanton Basel-Landschaft z.B. hat eine Wegleitung für die Eingabe von Gesuchen (für einmalige wie auch wiederkehrende Projekte) sowie ein entsprechendes Merkblatt für Gesuchsteller/innen. Damit in verantwortungsvoller Weise Gelder gesprochen werden können und zur Vereinfachung der Eingabe werden für Allschwil ebenfalls Richtlinien ausgearbeitet. Alle bisherigen Bezüger/innen von Beiträgen werden schriftlich über das neue Vorgehen informiert und erhalten eine Wegleitung. Die gemeinderätliche Sprecherin macht auch darauf aufmerksam, dass durch das Fehlen einer Kulturkommission die Evaluation bei ihr und dem Hauptabteilungsleiter Bildung/Erziehung/Kultur liegt und deshalb möglichst viele schon vorhandene Informationen von Vorteil sind. Zwei wichtige neue Schritte sind auch die Gleichbehandlung aller Organisationen und die jährliche Neubeurteilung der finanziellen Unterstützung.

**Olivier Rüeegsegger**, SP-Fraktion, sieht im projektbezogenen Vorgehen weitere Vorteile: dieses schaffe Transparenz für Gemeinde und Steuerzahlende. Auch erhält der Beitragsempfänger dadurch eine Legitimation.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, sieht in der Einführung zu Geschäft 3110A, Seite 2, Abschnitt 1, „Selbständige kulturelle Aktivitäten seitens der Gemeinde schliesst das Leitbild aus“ einen Widerspruch zu Abschnitt 5.2 „Eigene Aktivitäten der Gemeinde“.

**Beatrice Fuchs** betont, es sei nicht Ziel und Zweck, dass die Gemeinde selber als Veranstalterin von Kulturveranstaltungen auftritt. In der Vergangenheit wurden auch schon Kunst-Ausstellungen unter der Federführung der Gemeinde durchgeführt; diese sollen aber eine Ausnahme bleiben.

**Arnold Julier**, CVP/SVP-Fraktion: Kann auch eine Privatperson Antrag für einen projektbezogenen finanziellen Beitrag der Gemeinde stellen?

**Beatrice Fuchs**: Ja, auch private Personen haben diese Möglichkeit.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion, kommt zurück auf die Projektbezogenheit. Diese mache Sinn, weil damit klar aufgezeigt werden kann, wie das Geld verwendet wird. Jedoch sieht er in diesem Vorgehen auch die Gefahr, dass der Gemeinderat mit Projekt-Anträgen überschwemmt und der personelle Rahmen gesprengt wird. Er schlägt vor, auch eine Finanzplanung der Aktivität mit der Eingabe des Gesuches zu akzeptieren.

**Beatrice Fuchs**: Dies ist bereits jetzt der Fall; sämtliche Antragsteller müssen ein Budget für ihr Vorhaben einreichen. Jedoch sieht sie in den projektbezogenen Beiträgen auch eine Chance für die jeweilige Organisation, gewisse Abläufe intern zu hinterfragen und allenfalls neu zu regeln. Weiter führt die Departementsvorsteherin aus, dass bezüglich finanzielle Beiträge auch im Departement Soziale Dienste projektbezogen gearbeitet wird.

**Dr. Anton Lauber**, Departementsvorsteher Soziale Dienste/Gesundheit erachtet die projektbezogene Vorgehensweise als Selbstverständlichkeit. In seinem Bereich wird schon heute jegliche finanzielle Unterstützung nur auf Antrag hin gewährt. Er ist

---

sich jedoch auch bewusst, dass es sich bei der Kultur um einen sensiblen Bereich handelt. Als nicht-projektbezogenen Beitrag nennt er das Vorstandessen eines Vereins.

**Mark Aellen** stellt klar, dass er nicht den Antrag für einen finanziellen Beitrag in Frage gestellt hat. Er hält es aber für ausreichend, wenn die Eingabe mit einem Budget als klare Zielvorstellung erfolgt.

**Margaret Wagner**, SP-Fraktion, bedauert den Verlust der Allschwiler Kulturtage wie in Zeiten von Gemeinderat Bruno Gadola. Bezüglich Heimatmuseum stellt sie fest, dass dieses keinesfalls - wie im Kulturleitbild erwähnt - ergänzt oder belebt wird. Als Vergleich nennt sie das Heimatmuseum Birsfelden, in dem aktuell eine Ausstellung über Felszeichnungen stattfindet. Eine derartige Veranstaltung hat im Heimatmuseum Allschwil seit Jahrzehnten nicht mehr stattgefunden.

**Beatrice Fuchs** widerspricht dem Votum bezüglich Heimatmuseum: Mit der Ausstellung „Zämme läbe“ im Parterre-Raum wurden neue Wege beschritten. Im Jahr 2001 ist zudem vorgesehen, die beiden oberen Räume neu zu gestalten und eine permanente Ausstellung einzurichten. Langfristig muss aber von Ausstellungen im Heimatmuseum abgesehen werden, weil die Bedingungen dafür schlecht sind.

Bezüglich Allschwiler Kulturtage: Das Departement Bildung/Erziehung/Kultur hat sich seit der Führung durch Bruno Gadola stark gewandelt; der Bereich Schulen musste von der Departementsvorsteherin zusätzlich übernommen werden. Bea Fuchs ist nach wie vor der Meinung, dass es nicht Sache des Gemeinwesens sein kann, als Organisator von kulturellen Veranstaltungen aufzutreten. Sie sichert jedoch breite Unterstützung seitens Departement BEK zu.

#### 5.1 Beiträge

Keine Wortmeldung.

#### 5.2 Eigene Aktivitäten der Gemeinde

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, erkundigt sich nach „Kunst am Bau“ bei den gemeindeeigenen Bauten.

**Beatrice Fuchs**: Der Wettbewerb „Kunst am Bau“ für den Neubau der Gemeindeverwaltung Allschwil ist bereits abgeschlossen und ein Projekt zur Ausführung ausgewählt.

**Christoph Morat** fragt nach, ob „Kunst am Bau“ auch im Kulturleitbild verankert werden könnte.

**Beatrice Fuchs**: Es bestehen kantonale Empfehlungen, dass ein bestimmter Prozentsatz der Bausumme von öffentlichen Gebäuden für Kunst aufgewendet werden soll.

#### 5.3 Öffentlichkeitsarbeit

Keine Wortmeldung.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird vom **Kulturleitbild Allschwil – Kommunale Kulturförderung** mit grossem Mehr Kenntnis genommen.